ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Döhrn, Roland; Fuest, Angela; Micheli, Martin; Schmidt, Christoph M.

Research Report

Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen der Bundesbank und der EZB. Kurzexpertise im Auftrag des vbm: Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V.

RWI Projektberichte

Provided in Cooperation with:
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland; Fuest, Angela; Micheli, Martin; Schmidt, Christoph M. (2014) : Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen der Bundesbank und der EZB. Kurzexpertise im Auftrag des vbm: Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V., RWI Projektberichte, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/111485

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen der Bundesbank und der EZB

Kurzexpertise im Auftrag des vbm - Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (Stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerkhoff; Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislowski; Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter; Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann Rappen; Reinhard Schulz; Dr. Michael H. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Monika Bütler; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder; Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Dr. Nadine Riedel; Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Germany
Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2014

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen der Bundesbank und der EZB

Abschlussdatum: 30.9.2014

Kurzexpertise im Auftrag des vbm - Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Bewertung der lohnpolitischen Empfehlungen der Bundesbank und der EZB

Abschlussdatum: 30.9.2014

Kurzexpertise im Auftrag des vbm - Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e.V.

RWI

Projektbericht

Projekt Team

Prof. Dr. Roland Döhrn (Projektleiter), Angela Fuest, Martin Micheli,
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 4

1. Hintergrund der Diskussion 6

2. Steht der Euro-Raum vor einer Deflation? 9

3. Risiken niedriger Preissteigerungsraten 12

4 Sind höhere Lohnabschlüsse eine geeignete Antwort auf Deflationsrisiken? 14

4.1 Tariflöhne und Effektivlöhne 15

4.2 Löhne, Kosten und Preise 19

4.3. Das Zusammenwirken unternehmerischer Anpassungsreaktionen: Eine Modellsimulation 21

5. Auswirkungen auf den Euro-Raum 25

6. Fazit 26

Literaturverzeichnis 28

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Tabelle 1 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer dauerhaften Erhöhung des Tariflohnniveaus um 5% 23

Tabelle 2 Importanteile der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts 25

Schaubild 1 Lohnpolitischer Verteilungsspielraum nach dem Konzept des Sachverständigenrates 7

Schaubild 2 Tarifverdienste auf Monatsbasis 8

Schaubild 3 Inflation im Euro-Raum 10

Schaubild 4 Veränderung von Arbeitslosigkeit und Kerninflation im Euro-Raum 12

Schaubild 5 Lohndrift in Deutschland auf Stunden[1]- und auf Monatsbasis[2] 16

Schaubild 6 Ausgewählte Determinanten der Lohndrift auf Monatsbasis[2] 17

Schaubild 7 Effektivlohn und Arbeitsproduktivität[1] 20

Schaubild 8 Effektivlohn und Lohnstückkosten[1] 21

Executive Summary

- *Äußerungen aus der Bundesbank und aus der EZB haben eine Debatte angestoßen, ob ein höherer Lohnanstieg in Deutschland aufgrund seiner positiven Wirkungen auf die Nachfrage ein geeignetes Instrument sei, die Konjunktur in Deutschland und damit im Euro-Raum anzuregen und so einer Deflation entgegenzuwirken.*
- *Die Diskussion über deflationäre Gefahren im Euro-Raum ist allerdings aus heutiger Sicht überzogen. Der Rückgang der Teuerung im Lauf der vergangenen Jahre ist zum Teil auf sinkende Rohstoffpreise zurückzuführen, zum Teil auf die in vielen Ländern geringe Auslastung der Kapazitäten. Wenn die europäischen Krisenländer wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen, wird auch das Preisniveau aller Voraussicht nach wieder in gesundem Ausmaß steigen. Dafür sind aber Reformen wichtig, die das Wachstum steigern, nicht Nachfragestimuli.*
- *Allerdings könnten negative Nachfrageschocks, etwa ein Einbruch des Exports, die Gefahr einer Deflation verstärken. Die Frage ist dann, ob in einem solchen Fall die Lohnpolitik ein geeignetes Instrument wäre, dem entgegenzuwirken.*
- *Im Fall Deutschlands wäre es falsch, von einer Lohnpolitik im Sinne einer einheitlichen Makropolitik zu sprechen. Deutschland ist gekennzeichnet durch Tarifautonomie mit dezentralen Lohnverhandlungen auf Regionen- und Branchenebene. Einfluss auf die Tariflöhne kann der Stadt nur indirekt nehmen, durch Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt. Allerdings scheint die Bereitschaft der Politik einzugreifen zugenommen zu haben, wie die Einführung des gesetzlichen, einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohns zeigt.*
- *Die von den Tarifparteien ausgehandelten Löhne stiegen seit einiger Zeit aber auch ohne Eingriffe seitens der Politik beschleunigt, weil sich aufgrund des demografischen Wandels die Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt verändert haben. Eine Stimulierung der Binnennachfrage braucht es in Deutschland vor diesem Hintergrund nicht, schon gar nicht durch künstliche Lohnsteigerungen.*
- *Im Gegenteil: Lohnsteigerungen, die nicht durch einen entsprechenden Anstieg der Produktivität untermauert sind, dürften kaum Wirkungen auf die Nachfrage haben. Unternehmen verfügen nämlich über mehrere Möglichkeiten, sich anzupassen. Eine ist die Senkung übertariflicher Leistungen, was in einer negativen Lohndrift zum Ausdruck kommt. Eine zweite sind Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität, die auf einen Abbau von Beschäftigung hin-*

ausläuft. Insofern dürfte von einem „künstlichen" Tariflohnanstieg nur wenig bei den Einkommen der Arbeitnehmer ankommen.

- *Eine Simulation mit dem RWI-Konjunkturmodell verdeutlicht, dass die Nachfragewirkungen eines nicht von einer höhere Produktivität begleiteten Lohnanstiegs in der Tat nur kurzfristiger Natur und gering sind. Die Einkommensgewinne werden u.a. durch eine negative Lohndrift, einen Abbau von Beschäftigung, den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit und eine höhere Inflation aufgezehrt. Außerdem leidet die Investitionstätigkeit.*
- *Aufgrund der nur geringen und kurzfristigen Nachfrageeffekte in Deutschland gehen von kräftigeren Lohnsteigerungen in Deutschland kaum anregende Wirkungen auf die Konjunktur im Euro-Raum aus. Einem Gewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Raum-Länder gegenüber Deutschland stünde eine abnehmende deutsche Importnachfrage gegenüber. Der schwachen Konjunktur im Euro-Raum würden hohe Lohnsteigerungen in Deutschland kaum helfen.*
- *Es ist selbstverständlich erstrebenswert, dass die Einkommen der Arbeitnehmer in einer Volkswirtschaft steigen. Dies kann jedoch nicht über eine Umverteilungspolitik erreicht werden, die einseitig die Löhne erhöht. Das Fundament höherer Einkommen muss vielmehr eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein, die nur durch eine das Wachstum fördernde Politik erreicht werden kann.*

1. Hintergrund der Diskussion

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum ist nach wie vor unbefriedigend. Zwar expandiert die Wirtschaft seit der Jahresmitte 2013 in der Grundtendenz wieder. Jedoch sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten immer noch unterausgelastet, und die Arbeitslosigkeit ist in vielen Ländern hoch. Da die geldpolitische Stimulierung durch die EZB nicht im erhofften Maße wirkt und die finanzpolitischen Möglichkeiten aufgrund der in vielen Ländern immer noch hohen Staatsdefizite und Schuldenstände begrenzt sind, hält der Euro-Raum gewissermaßen Ausschau nach anderen Möglichkeiten, die wirtschaftliche Aktivität zu stimulieren.

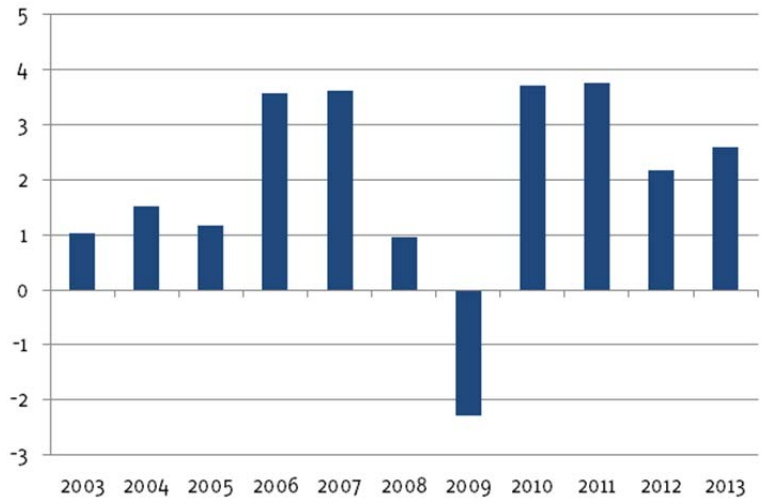
Im Fokus steht dabei schon seit längerem Deutschland. Dessen Binnennachfrage sei schwach, was sich in hohen und wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse niederschlage. Deshalb müsse Deutschland seine Binnennachfrage stimulieren, wofür höhere Lohnabschlüsse ein probates Mittel seien. Durch sie würde die deutsche Konsumnachfrage stimuliert, und außerdem erleichterten höhere Lohnsteigerungen in Deutschland den Anpassungsprozess in den Ländern, die unter ihrer geringen preislichen Wettbewerbsfähigkeit leiden.

Vor diesem Hintergrund fielen Äußerungen der Deutschen Bundesbank auf fruchtbaren Boden[1], die in weiten Teilen der Öffentlichkeit so interpretiert wurden, dass nunmehr sogar die Bundesbank für eine Lockerung der lohnpolitischen Zurückhaltung plädiere. Auslöser dieser Debatte war Jens Ulbrich, der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bundesbank, dessen Aussagen bei einem Gespräch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund der Spiegel mit den Worten wiedergab, „es sei nun an der Zeit, Löhne und Gehälter deutlich zu erhöhen“ (Detmer, Reiermann 2014: 58). Genannt wurde in dem Spiegel-Beitrag ein Verteilungsspielraum von 3 bis 3,25%, wie er auch später von Bundesbankpräsident Jens Weidmann in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) bestätigt wurde (Plickert 2014).

Man könnte die Debatte an dieser Stelle mit dem Hinweis beenden, dass die Vorstellungen der Bundesbank zum Verteilungsspielraum keineswegs neu sind und nicht von der Einschätzung anderer Ökonomen abweichen. So bezifferte der Sachverständigenrat den lohnpolitischen Verteilungsspielraum in den vergangenen

[1] *So sprach sich der Chefvolkswirt der EZB Peter Praet kurz nach den Bundesbank-Äußerungen ebenfalls im Spiegel für höhere Tarifabschlüsse in Deutschland aus (o.V. 2014a). Auch die IMF-Chefin Christine Lagarde äußerte sich in dieser Richtung (o.V. 2014b).*

Schaubild 1
Lohnpolitischer Verteilungsspielraum nach dem Konzept des Sachverständigenrates
2003-2013, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

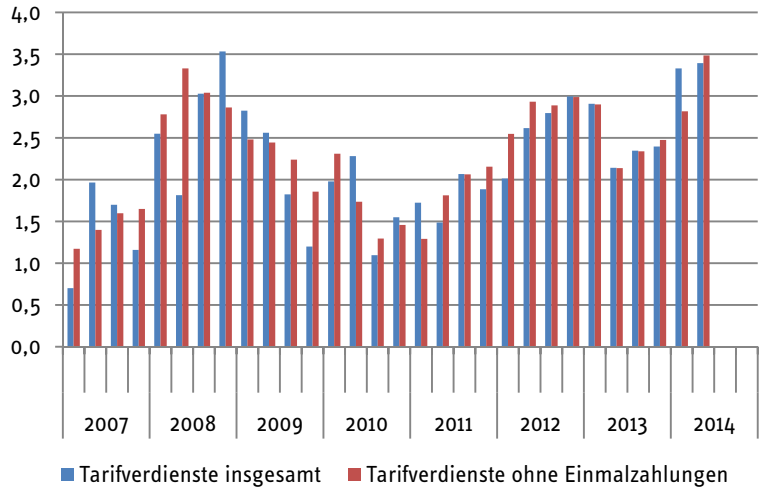


Sachverständigenrat 2013: 497. Zur Methode vgl. Sachverständigenrat 2008: 463-xxx.

Jahren – lässt man das Rezessionsjahr 2009 außen vor – durchaus in dieser Größenordnung (Schaubild 1). Den Verteilungsspielraum definiert der Rat dabei als jene Lohnsteigerung, die in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung mit Beschäftigungsstabilität vereinbar ist, und nicht als eine konkrete Empfehlung künftigen Handelns an die Tarifparteien. Lohnsteigerungen über dieses am Produktivitätswachstum orientierte Maß hinaus drohen jedoch Beschäftigung zu vernichten – und auf diese Weise wiederum zu einer Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu führen.

Hinzu kommt, dass die Aussagen der Bundesbank inzwischen von der Realität eingeholt wurden. Ohnehin stellten sich die Binnennachfrage und insbesondere der Private Konsum in den vergangenen Jahren und aller Voraussicht nach auch in der näheren Zukunft als die wichtigsten Faktoren des deutschen Wirtschaftswachstums dar. Der herausragende Grund dafür ist der im internationalen Vergleich außerordentlich robuste Arbeitsmarkt. Diese in den vergangenen Jahren gezeigte Krisenfestigkeit der deutschen Beschäftigung dürfte wiederum nicht zuletzt an der im Zuge von Hartz-Reformen und Agenda 2010 gewachsenen Flexibilität des deutschen Arbeitsmarkts – und vor allem der damit verbundenen Einrichtung eines Niedriglohnsektors – liegen (SVR 2013).

Schaubild 2
Tarifverdienste auf Monatsbasis
2007-2014, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben der Deutschen Bundesbank.

In der ersten Jahreshälfte 2014 stiegen im Einklang mit dieser Beobachtung die Tariflöhne im Durchschnitt um 3,4%, nachdem sie bereits in den beiden Vorjahren deutlich rascher gestiegen waren als der langfristige Durchschnitt (Schaubild 2). Insofern ordnet die Bundesbank lediglich – und so wollte Präsident Weidmann in seinem FAZ-Interview die Aussagen von Ulbrich verstanden wissen – die tatsächliche Lohnentwicklung der vergangenen Monate mit Blick auf die Preisstabilität angemessen ein. Doch Lohnsteigerungen sind nicht nur vor allem als eine Reflektion von gesamtwirtschaftlicher Stärke und nicht als ein Instrument zu deren Herbeiführung anzusehen. Entsprechende Simulationsrechnungen (SVR 2010) lassen es zudem bezweifeln, nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen negativen Beschäftigungswirkungen, dass isolierte Lohnsteigerungen in Deutschland ein probates Mittel sein könnten, um den europäischen Partnerländern wichtige Wachstumsimpulse zu verleihen.

Dass die Bundesbank derzeit überhaupt eine lohnpolitische Debatte führt, ist daher nur im Kontext der in Deutschland wie im Euro-Raum sehr niedrigen Inflation nachvollziehbar. Denn würden die Tarifparteien in ihren anstehenden Verhandlungen davon ausgehen, dass die Preise auf Dauer nur wenig steigen, könnte dies dazu führen, dass die Inflationserwartungen demnächst nicht mehr an der Zielrate

der EZB verankert sind, womit die Gefahr zunähme, dass der Euro-Raum in eine Deflation rutscht. Unglücklicherweise dokumentieren die begleitenden Aussagen der EZB, dass sie weder die Wurzeln des deutschen Arbeitsmarkterfolgs der vergangenen Jahre zur Kenntnis nimmt, noch die Tatsache, dass sich Deutschland schon seit einigen Jahren auf einem Pfad stärkeren Lohnwachstums befindet.

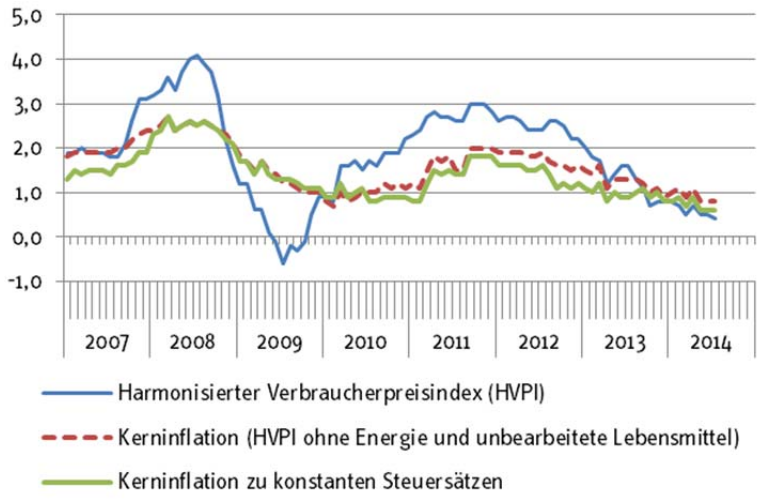
Vor diesem Hintergrund stellen sich zwei Fragen, auf die in der vorliegenden Studie eingegangen werden soll. Erstens: Ist die Gefahr einer Deflation im Euro-Raum tatsächlich als so hoch einzuschätzen, dass die Notenbank aus Sorge um die Erfüllung ihres Mandats eine lohnpolitische Debatte anstößt? Zweitens: Was sind die Folgen des auch unabhängig von der gegenwärtigen Debatte inzwischen kräftigeren Lohnanstiegs in Deutschland für die Binnennachfrage hierzulande, für die Konjunktur im Euro-Raum und für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?

2. Steht der Euro-Raum vor einer Deflation?

Der Preisanstieg im Euro-Raum hat sich im Laufe der vergangenen Monate deutlich verlangsamt. Nachdem die Inflationsrate am Jahresanfang 2013 mit 2% der Zielrate der EZB sehr nahe gelegen hatte, betrug sie im August 2014 nur noch 0,3%, (Schaubild 3). Da die Notenbank allerdings auf eine solche Zielverfehlung nur noch eingeschränkt reagieren kann, weil der Zins bereits die Nullzinsschranke erreicht hat, besteht vielfach die Befürchtung, der Euro-Raum steuere auf eine lang anhaltende Phase der Stagnation und Deflation zu. Dieser, so die Schlussfolgerung, sei frühzeitig wirtschaftspolitisch zu begegnen, damit sie sich nicht verfestigen könne (Ahearne et al. 2002)

Allerdings sollte vor jedem Therapievorschlag eine sorgfältige Diagnose stehen, da Therapien bei unzutreffender Diagnose durchaus Schaden anrichten können. Im vorliegenden Falle könnte Schaden entstehen, wenn der Reformdruck auf die Krisenländer des Euro-Raums übermäßig gemindert und so die notwendigen Strukturreformen in noch weitere Ferne rücken würden. So sinkt die Inflationsrate im Euro-Raum ja auch deshalb, weil die Krisenländer dabei sind, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen, was mit niedrigen Kosten- und Kostensteigerungen oder gar mit –rückgängen einhergeht. Zudem ist die deutliche Verlangsamung des Anstiegs des Harmonisierten Verbraucherpreisindex derzeit nicht unmaßgeblich durch exogene Faktoren bestimmt. Zum einen sinken bereits seit einiger Zeit die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel, und der Preis für Rohöl ist seit Monaten bemerkenswert stabil geblieben. Insgesamt geht daher von den Rohstoffmärkten ein dämpfender Einfluss auf die Preisentwicklung aus.

Schaubild 3
Inflation im Euro-Raum
2007-2014, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



Nach Angaben von Eurostat.

Für die Geldpolitik entscheidend sollte daher der inländisch determinierte Preisauftrieb sein. Dieser kommt besser in der Kerninflation zum Ausdruck, hier verstanden als Veränderungsrate der Verbraucherpreise ohne Preise für Energie und unbearbeitete Lebensmittel. Zum anderen hatten in den vergangenen Jahren viele Länder Steuern angehoben, um ihre Staatshaushalte zu konsolidieren. Dies erhöhte die Inflation zeitweise deutlich, jedoch gehen davon inzwischen nur noch geringe Wirkungen aus.

Betrachtet man die Kerninflation zu konstanten Steuersätzen, so stellt sich der Rückgang der Inflation im Euro-Raum weniger dramatisch dar. Die so berechnete Inflationsrate erreichte Ende 2011 mit 1,8% ihren vorerst letzten Höchststand und lag im Juli 2014 bei 0,6%, womit allerdings auch sie die Zielrate der EZB deutlich unterschreitet.

Von einer Deflation im Euro-Raum kann also bisher keineswegs die Rede sein. Selbst in den Krisenländern, die auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung erhebliche Korrekturen ihres überhöhten Lohn- und Preisniveaus dringend benötigten, lassen sich deflationäre Tendenzen nur vereinzelt feststellen. Schließlich bedeutet dort die Korrektur der Verhältnisse, welche das betreffende Land mit in die

Krise geführt haben, dass es im Sinne der internationalen Wettbewerbsfähigkeit künftig besser dasteht; es erwächst daraus also erst recht kein Anlass für deflationäre Erwartungen.

Dies wirft die Fragen auf, inwieweit in der aktuellen Krise überhaupt ein systematischer Zusammenhang zwischen Inflation und gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung bestanden hat und weiter besteht. Wäre dies der Fall, so spräche dies dafür, dass mit der erwarteten konjunkturellen Besserung sich auch der Preisauftrieb im Euro-Raum wieder verstärken würde. Aktuell unterscheidet sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zwischen den Ländern des Euro-Raums beträchtlich. Während die Wirtschaft z.B. in Deutschland oder Österreich mit annähernd normalem Auslastungsgrad produziert, ist die Auslastung in den Krisenländern des Euro-Raums sehr niedrig.

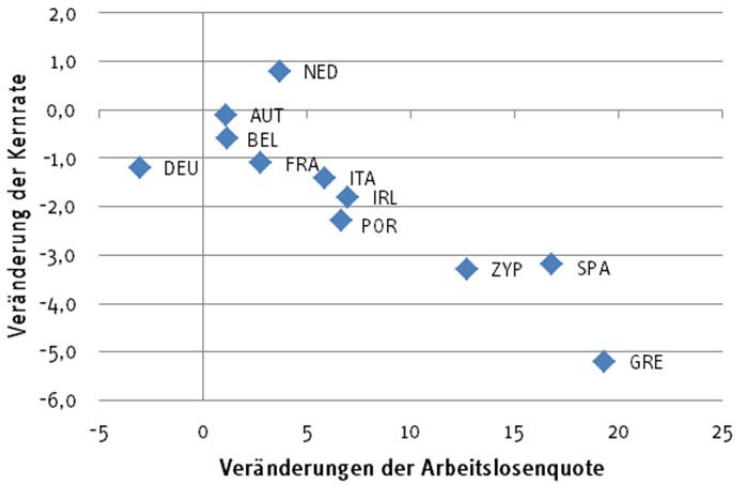
Allerdings lässt sich das wahre Ausmaß der Unterauslastung nur schwer messen, da aufgrund der Krise ein Teil des Kapitalstocks obsolet wurde, und sich damit auch die Produktionsmöglichkeiten verringert haben. Gemäß dem Okun'schen Gesetz – das lediglich eine empirische Regularität aufgreift – übersetzen sich Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung tendenziell in Veränderungen der Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote hat hier den Vorteil, dass sie mit erheblich geringerer Datenunsicherheit behaftet und zeitnäher verfügbar ist. Sie misst gewissermaßen die Auslastung des Produktionsfaktors Arbeit und gibt damit Aufschluss darüber, ob und wie weit von den Löhnen Inflationsdruck ausgeht.

Schaubild 4 zeigt den engen Zusammenhang zwischen der Veränderung der Lage am Arbeitsmarkt und der Veränderung der Kerninflation in den Ländern des Euro-Raums.[2] In Griechenland, Spanien und Zypern, wo die Arbeitslosigkeit erheblich gestiegen ist, bildeten sich auch die Inflationsraten am stärksten zurück. In Deutschland, Österreich und Belgien, wo sich die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte oder nur wenig verschlechterte, waren die Inflationsraten am Jahresende 2013 nur wenig niedriger als vor der großen Rezession. Klitgaard und Peck (2014) erhalten ein ähnliches Bild, wenn sie an Stelle der Kerninflation Änderungen im Lohnanstieg mit der Veränderung der Lage am Arbeitsmarkt vergleichen.

Soweit spricht einiges dafür, dass der Euro-Raum nicht vor einer Deflation steht, sondern dass die Inflationsraten wieder anziehen werden, wenn die Kapazitätsauslastung wieder steigt. Dies gilt erst recht für Deutschland, wo die Preissteigerungsraten nach wie vor deutlich höher sind als im übrigen Euro-Raum.

[2] *Ein solcher Zusammenhang zeigt sich für den Euro-Raum insgesamt wie für die großen EU-Länder auch im Zeitverlauf. Vgl. T. Schmidt et al. (2014): 29-31.*

Schaubild 4
Veränderung von Arbeitslosigkeit und Kerninflation im Euro-Raum
Dezember 2013 im Vergleich zum Dezember 2007, Veränderungen in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat.

3. Risiken niedriger Preissteigerungsraten

Die zu erwartende Erholung im Euro-Raum dürfte sich jedoch nur sehr schleppend vollziehen, so dass der Preisauftrieb in nächster Zeit moderat bleiben dürfte. Aus dieser niedrigen erwarteten Preisentwicklung erwachsen aber zwei Gefahren.

Erstens könnte der Euro-Raum von einem negativen Schock getroffen werden, welcher die wirtschaftliche Entwicklung neuerlich belastet. Bei Leitzinsen an der Nullzinsschranke kann die EZB mit konventioneller Geldpolitik nicht gegensteuern, was die Gefahr in sich birgt, dass Haushalte ihre Erwartungen anpassen und nunmehr von sinkenden Preisen ausgehen. Dies könnte eine Negativspirale aus sinkender Nachfrage und sinkendem Preisniveau in Gang setzen, da die nominalen Zinsen an der Nullzinsschranke festhängen, so dass bei sinkendem Preisniveau die Realzinsen stiegen und somit die Nachfrage belasteten. Auf das Eintreten einer derartigen Zuspitzung seitens der Notenbank vorbereitet zu sein, heißt angesichts der Nebenwirkungen und Risiken jedes Eingreifens natürlich nicht, bereits vorab entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Zweitens könnten die Wirtschaftssubjekte bei wiederholtem Verpassen des Inflationsziels auf die Idee kommen, die EZB verfolge gar nicht das offiziell verkündete Inflationsziel von knapp 2%. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Notenbank mit einer Rückführung der als expansiv wahrgenommenen Maßnahmen beginnt, obwohl die Inflationsrate noch deutlich unterhalb des Zielwertes liegt und keinerlei Überhitzungserscheinungen in der Realwirtschaft erkennbar sind. Als Folge dürften rationale Haushalte ihre Erwartung bezüglich der mittel- und langfristigen Inflationsentwicklung senken, was in einem Absinken des neutralen nominalen Zinses in der Volkswirtschaft resultiert. Wenn der nominale Zins jedoch bereits an der Nullzinsschranke festhängt, führt dies zu in einem Anstieg des Realzinses, was wie ein negativer Schock wirkt und die Nachfrage belastet.

Aktuell ist sich die EZB des Risikos bewusst, dass die Periode niedriger Inflation sich in einem Absinken der mittelfristigen Inflationserwartungen niederschlagen könnte. Wohl auch deshalb wurde bei der Verkündung der am 4.9.2014 beschlossenen Maßnahmen auf leicht rückläufige Inflationserwartungen hingewiesen. Gleichwohl dürften die Inflationserwartungen weiterhin knapp unter der 2%-Marke verankert sein. So ergab die Umfrage der EZB unter Prognostikern (*Survey among Professional Forecasters*), dass diese für die mittlere Frist (5 Jahre) von einer Inflationsrate von 1,9% ausgehen. Die aus Finanzmarktdaten gewonnenen erwarteten Inflationsraten sinken insbesondere für die beiden kommenden Jahre; die in fünf Jahren erwarteten Raten sind in den vergangen Monaten zwar ebenfalls leicht gesunken, lagen aber zuletzt mit etwa 2% im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB.

Allerdings könnte ein exogener Schock den Euro-Raum an den Rand einer Deflation treiben. Ein Ausbrechen aus der dann drohenden Negativspirale ist aus theoretischer Sicht durch die Geldpolitik möglich, jedoch mit erheblichen Kosten verbunden. Das Versprechen zur Unvernunft (Eggertsson 2003) ist hier das meist diskutierte Szenario. Hierbei verspricht die Zentralbank das Zinsniveau länger niedrig zu halten als dies eigentlich optimal wäre. Dies schlägt sich in einem Anstieg der erwarteten Inflation und so durch ein Absinken des realen Zinses auch in einer Belebung der Konjunktur nieder. Allerdings könnte es schwierig werden, später das Inflationsziel wieder zu verankern.

Eine andere Möglichkeit, die Volkswirtschaft aus der Deflation zu befreien, sind Preisschocks. Diese können exogener Natur sein, können aber auch intern generiert werden, z.B. durch hohe Lohnabschlüsse.[3] Für viele Länder des Euro-Raums stellt

[3] *Im Jahr 2003 gab es eine Diskussion, ob Deutschland eine Deflation drohe. Damals forderte Kromphardt (2003) ebenfalls als Gegenmaßnahme eine expansive Lohnpolitik.*

eine forcierte Lohnanhebung derzeit allerdings keine Option dar. Sie haben seit Einführung des Euro an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren und stehen damit eher vor der Aufgabe, diese durch zurückhaltende Lohnabschlüsse zurückzugewinnen. Für Deutschland hingegen stellt sich hingegen aus der Sicht mancher die Situation umgekehrt dar. Geringe Lohnanhebungen in der Vergangenheit haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert (manche würden sagen zu Lasten des übrigen Euro-Raums), zugleich aber die Binnennachfrage vermeintlich geschwächt.

Höhere Lohnabschlüsse könnten dabei, so wohl die Argumentation, sogar drei Probleme auf einmal lösen: Erstens könnten sie einen Preisschock auslösen, der die Deflationsgefahren im Euro-Raum mindert. Zweitens könnte sie die Binnennachfrage stärken und damit die Konjunktur im Euro-Raum anschieben. Drittens würden höhere Lohnzuwächse und Preissteigerungsraten in Deutschland jenen Mitgliedern des Euro-Raums die Anpassungsprozesse erleichtern, die an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Ob allerdings eine expansive Lohnpolitik in Deutschland eine solche „Wunderwaffe“ darstellt, ist mehr als fraglich, wie im folgenden Abschnitt ausgeführt wird.

4 Sind höhere Lohnabschlüsse eine geeignete Antwort auf Deflationsrisiken?

Ob höhere Lohnabschlüsse ein geeignetes Instrument darstellen, muss vor dem Hintergrund zweier gegenläufiger Effekte bewertet werden.

- Langfristig führen Lohnabschlüsse, die Inflation und Produktivitätswachstum übersteigen, zu einer Verteuerung des Faktors Arbeit und so zu einem Anstieg der natürlichen Arbeitslosenquote.
- Kurzfristig können sie unter gewissen Umständen durchaus einen positiven konjunkturellen Impuls setzen. Voraussetzung hierfür sind Friktionen am Arbeitsmarkt, d.h. Arbeitgeber können nur verzögert auf die veränderte Kostenstruktur im Produktionsprozess mit einer Reduktion des Arbeitseinsatzes reagieren.[4]

[4] *Außerdem muss angenommen werden, dass die Zentralbank den kurzfristigen konjunkturellen Impuls nicht durch eine Anpassung der geldpolitischen Ausrichtung neutralisiert, was eigentlich ihre Aufgabe wäre, was sie aber in der gegenwärtigen Situation wohl nicht tun würde.*

Bewertung lohnpolitischer Empfehlungen

4.1 Tariflöhne und Effektivlöhne

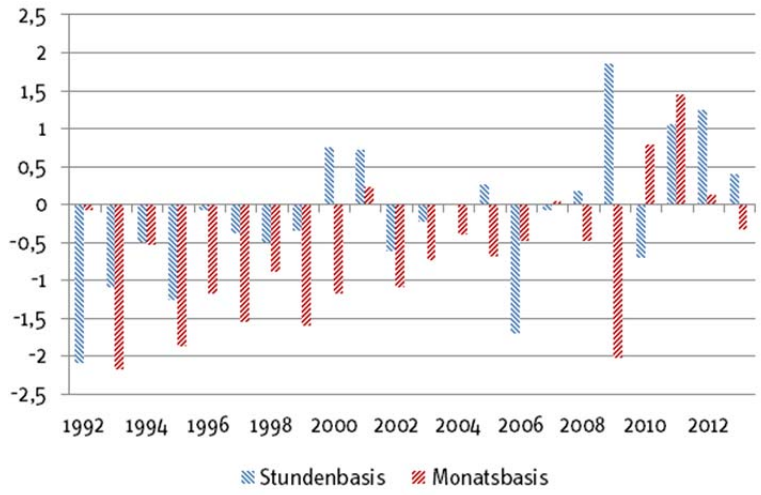
Schon von einer Lohn*politik* als Pendant zur Geld- und zur Finanzpolitik zu reden, ist schwierig. In Deutschland herrscht bekannter Maßen Tarifautonomie, so dass über Löhne dezentral auf Branchenebene und regional differenziert zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften verhandelt wird. Zwar hat die Wirtschaftspolitik die Möglichkeit, indirekt auf die Lohnentwicklung Einfluss zu nehmen. Eine aktive Rolle des Staates in den Tarifverhandlungen ist jedoch – anders als in manchen europäischen Ländern[5] – nicht vorgesehen, und eine staatliche Einflussnahme auf Tarifverhandlungen stellt im Selbstverständnis von Arbeitgebern wie Gewerkschaften immer noch einen Tabubruch dar.

Allerdings kann der Staat durch die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes durchaus Einfluss auf die Höhe der Lohnabschlüsse nehmen. So schlug sich die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Reformen im zeitweise niedrigen Anstieg der Durchschnittslöhne nieder. Darin spiegelt sich allerdings auch wider, dass verstärkt gering Qualifizierte mit niedrigen Löhnen in den Arbeitsmarkt integriert wurden, so dass sich die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft wandelte. Derzeit ist die Wirtschaftspolitik eher geneigt, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Löhne stärker steigen, wie die Einführung eines flächendeckenden einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns belegt. Allerdings ändert dies alles nichts daran, dass Löhne in Tarifverhandlungen vereinbart werden, und dass dabei Arbeitgeber wie Arbeitnehmer nicht nur die Höhe des Lohns als Ziel verfolgen, sondern auch andere Aspekte wie Alterssicherung, Arbeitszeiten, Flexibilität des Arbeitseinsatzes oder den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Die in Tarifverhandlungen vereinbarten Tariflöhne definieren zunächst Mindeststandards, von denen Arbeitgeber jederzeit nach oben abweichen dürfen. Zugleich enthalten mehr und mehr Tarifverträge Klauseln, nach denen auch ein Abweichen nach unten möglich ist, sofern dies die Situation einzelner Betriebe erfordert. So können Tarifanhebungen von einzelnen Unternehmen später umgesetzt werden, oder die Höhe von Sonderzahlungen hängt vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens ab. Insofern stellen die Tariflöhne nur eine Komponente der Entwicklung der Lohnkosten dar, die andere ist die Umsetzung der Tarifabschlüsse auf betrieblicher Ebene und die Anpassung der Unternehmen an die tarifvertraglichen Rahmenbedingungen.

[5] *So kann sich in Dänemark der Staat im Rahmen der tripartiten Zusammenarbeit in die Lohnfindung einbringen, die im Grundsatz in den Händen von Gewerkschaften und Arbeitgebern liegt. Vgl. Döhrn et al. (1999)*

Schaubild 5
Lohndrift in Deutschland auf Stunden[1]- und auf Monatsbasis[2]
1992 bis 2013; %-Punkte

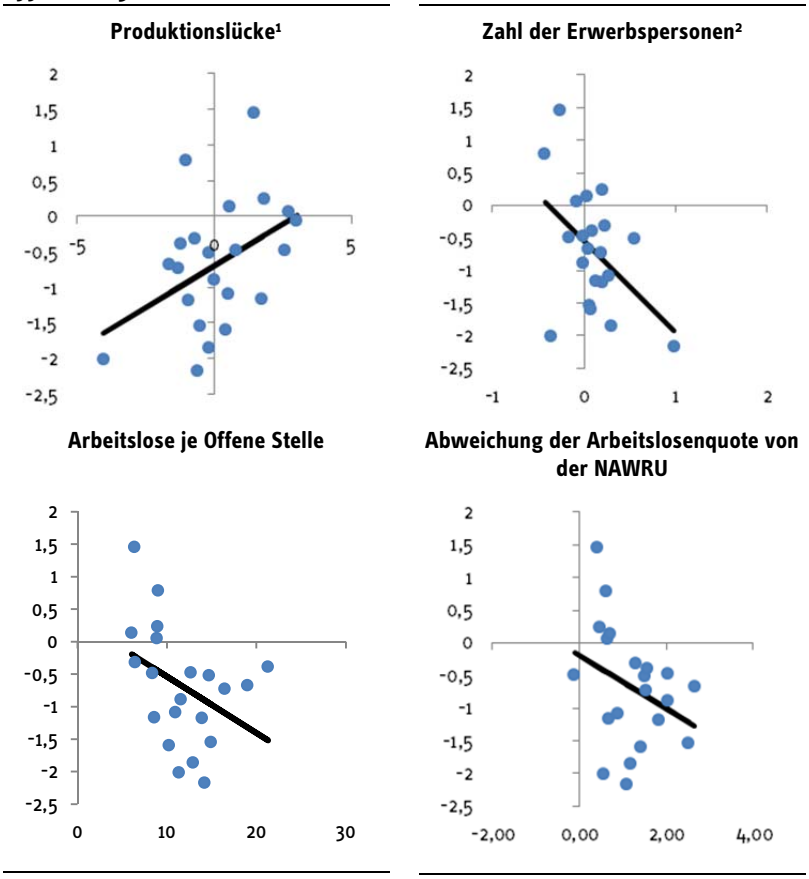


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. – [1]Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer abzüglich Tariflöhne je Stunde; jeweils Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. – [2]Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer abzüglich Tariflöhne je Monat; jeweils Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Anpassungsprozesse auf betrieblicher Ebene kommen in der Entwicklung der Effektivlöhne zum Ausdruck, die als Lohn- und Gehaltszahlungen je Arbeitnehmer oder je Arbeitsstunde definiert sind. Den Unterschied zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen bezeichnet man als Lohndrift, wobei diese – da ein in Euro ausgedrücktes durchschnittliches Niveau der Tariflöhne nicht zu bestimmen ist – in der Regel als Differenz der Wachstumsraten zwischen den beiden Größen ausgedrückt wird.

Während sich Tarifvergütungen und Effektivverdienste bis Ende der achtziger Jahre nahezu gleichlaufend entwickelten, ist der Einfluss der Tariflohndynamik auf die Effektivlohnentwicklung seit 1990 erheblich zurückgegangen (Heilemann und Ulrich 2007: 32). Die Lohndrift war im Verlauf der 1990er Jahre durchgängig negativ (Schaubild 5). Insbesondere bei der Lohndrift auf Stundenbasis zeigt sich eine

Schaubild 6
Ausgewählte Determinanten der Lohndrift auf Monatsbasis²
1992 bis 2013



Eigene Berechnungen. – ¹Tatsächliches BIP in % des potenziellen BIP. – 2Veränderungen gegenüber dem Vorjahr .

deutlich von den Erfahrungen der Jahre davor abweichende Entwicklung (Bundesbank 2000: 18).[6] Seit der Jahrtausendwende ist das Bild uneinheitlich. In einigen

[6] *Die kurzfristige Dynamik der Lohndrift auf Stundenbasis wird auch von Kalendereffekten beeinflusst. Viele Arbeitnehmer beziehen ein Monatsgehalt, das je nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage bei der Berechnung von Stundenlöhnen durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitsstunden dividiert wird.*

Jahren stiegen die effektiven Bruttolöhne und -gehälter stärker als die Tarifverdienste, in anderen Jahren verzeichneten sie geringere Zuwächse.

Differenzen zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung können durch eine Reihe von Faktoren ausgelöst werden, die sich gegenseitig überlagern und deren Bedeutung im Zeitverlauf schwanken kann. Die negative Lohndrift in den neunziger Jahren dürfte zumindest zum Teil mit dem anfangs kräftigen Anstieg der Tariflöhne in Ostdeutschland zusammenhängen, der anschließend auf betrieblicher Ebene korrigiert wurde. Nach den Hartz-Reformen zeigt sich in der Lohndrift auch eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Beschäftigung zu Gunsten gering Qualifizierter mit in der Regel unterdurchschnittlichen Löhnen an.

Zudem atmet die Lohndrift mit der Konjunktur, sie ist in konjunkturell besseren Zeiten stärker ausgeprägt (Schaubild 6). Dies hat mehrere Gründe: Erstens werden bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten oft übertarifliche Leistungen gestrichen, während im Zuge eines Aufschwungs der Wettbewerb um Arbeitskräfte dazu führt, dass vermehrt über Tarif bezahlt wird. Zweitens fallen bei guter Konjunktur in der Regel mehr und bei schlechter Konjunktur weniger Überstunden an, die in der Regel besser bezahlt werden. Drittens lässt Kurzarbeit in Rezessionsphasen die effektiv gezahlten Löhne je Arbeitnehmer sinken. Allerdings wird der statistische Zusammenhang stark von der tiefen Rezession im Jahr 2009 geprägt; ohne diese wäre die (partielle) Korrelation weitaus schwächer.

Die Lohndrift spiegelt nicht zuletzt auch die Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt wider. So ist sie negativ mit dem Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen und mit der Relation aus der Zahl der Arbeitslosen und der der Offenen Stellen als Indikator der Anspannung auf dem Arbeitsmarkt korreliert (Schaubild 6). Eine Korrelation findet man auch mit der Abweichung der Arbeitslosenquote von der natürlichen Quote der Arbeitslosigkeit, hier gemessen an der Arbeitslosenquote, die neutral auf den Lohnanstieg wirkt (NAWRU).[7] Diese Variable kombiniert Effekte von der Arbeitsangebotsseite und konjunkturelle Einflüsse.

Die prozyklische Schwankung der Lohndrift mit der Konjunktur wird – wenn man die Lohndrift auf Stundenbasis betrachtet – seit einiger Zeit durch einen gegenläufigen Effekt überlagert. Durch die inzwischen in vielen Tarifverträgen vereinbarten Arbeitszeitkonten leisten Arbeitnehmer bei hoher Kapazitätsauslastung Mehrarbeit, die nicht in Geld vergütet wird, sondern mit Gutschriften auf Arbeitszeitkonten. Dadurch sinkt bei guter Konjunktur die Lohndrift. Bei schlechter Kapazitätsauslas-

[7] *Die NAWRU wurde mit dem Verfahren der EU-Kommission geschätzt.*

tung werden diese Zeitguthaben allerdings abgebaut, d.h. es werden Arbeitsstunden bezahlt, die in den vorhergehenden Jahren bereits geleistet wurden. Besonders deutlich wird dieser Effekt im Rezessionsjahr 2009: Die Lohndrift auf Monatsbasis ist deutlich negativ, insbesondere aufgrund der hohen Kurzarbeit. Auf Stundenbasis ist die Lohndrift hingegen deutlich positiv.

Die Ausführungen zeigen, dass eine Anhebung der Tariflöhne erstens dezentral erfolgen müsste und nicht vom Staat verordnet werden kann, und dass sie sich zweitens nicht ohne weiteres in eine Anhebung der effektiv gezahlten Löhne übersetzen würde. Hohe Lohnabschlüsse bei unterausgelasteten Kapazitäten und/oder reichlichem Arbeitsangebot würden eine negative Lohndrift nach sich ziehen, und umgekehrt. Da die Kapazitäten gegenwärtig in der Wirtschaft insgesamt eher unterausgelastet sind und durch den Zustrom von Zuwanderern das Arbeitsangebot derzeit steigt, würde derzeit ein höherer Anstieg der Tariflöhne wohl nur in geringerem Maße auf die Effektivlöhne durchschlagen.

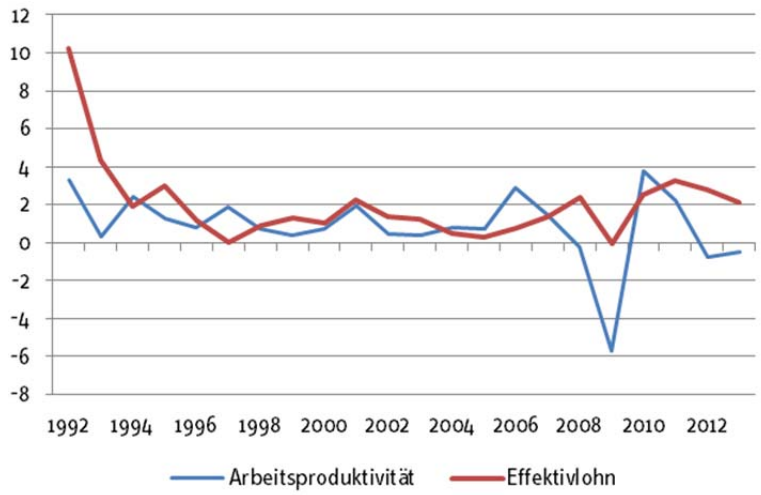
4.2 Löhne, Kosten und Preise

Außer bei den Lohnzahlungen selbst können sich Unternehmen an steigende Lohnkosten anpassen, indem sie durch Rationalisierung die Arbeitsproduktivität erhöhen. In der Öffentlichkeit wird dies auch als „Lohnpeitsche“ diskutiert, die den Produktivitätsfortschritt antreibt. Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Lohnanstieg und Produktivitätswachstum herzustellen ist allerdings aus zwei Gründen schwierig. Auf längere Sicht ist die Produktivitätsentwicklung auch eine Determinante der Lohnentwicklung (produktivitätsorientierte Lohnpolitik). Auf kürzere Sicht werden Produktivität und Effektivlöhne von einer gemeinsamen Determinante beeinflusst, nämlich der Kapazitätsauslastung.

Wie sich die Produktivität mit der Konjunktur entwickelt, ist unklar, und auch der empirische Befund für Deutschland liefert keinen eindeutigen Zusammenhang (Schaubild 7). Die „klassische“ Annahme war, dass sie in der Rezession steigt, weil im Abschwung die weniger produktiven Arbeitskräfte als erstes entlassen werden.[8] Empirische Beobachtung war indes ein Sinken der Produktivität. Hieraus entwickelte sich der Erklärungsansatz, dass Unternehmen in gewissem Umfang Arbeitskräfte horten, etwa weil aufgrund von Such-, Einstellungs-, Entlassungs- und Ausbildungskosten eine allzu rasche Anpassung des Personalbestands an eine sich verändernde Produktion nicht sinnvoll erscheint.

[8] *Zum geschichtlichen Hintergrund der Debatte siehe Biddle (2014).*

Schaubild 7
Effektivlohn und Arbeitsproduktivität[1]
1992 bis 2013; Veränderungen gegen dem Vorjahr in %

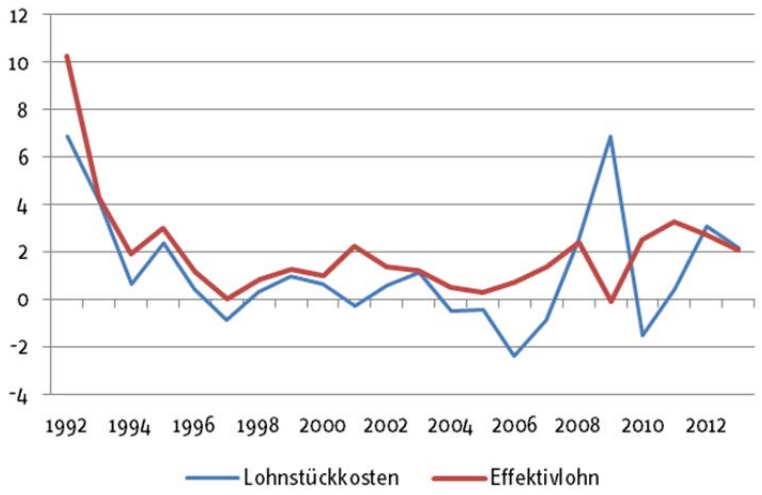


Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – [1]Auf Monatsbasis.

Die genannten Kosten dürften nicht zuletzt von der Lage am Arbeitsmarkt abhängen: So ist z.B. zu erwarten, dass bei knapper werdendem Arbeitsangebot die Suchkosten steigen. Daher könnte das Arbeitsangebot nicht nur einen Einfluss auf die Lohndrift, sondern auch auf unternehmerische Anpassungsreaktionen bei der Produktivität nehmen. So gibt es in jüngster Zeit Hinweise, dass Unternehmen im Falle einer sinkenden Kapazitätsauslastung geneigt sind, Arbeitskräfte zu halten und auch einen stärkeren Rückgang der Produktivität hinzunehmen.

Wie weit höhere Löhne durch eine höhere Produktivität aufgefangen werden, ist somit letztlich eine empirische Frage. Gleiches gilt damit auch für den Zusammenhang von Effektivlohn und Lohnstückkosten (Schaubild 8). Bis etwa 2000 entwickelten sich beide Größen nahezu parallel. Nach den Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt blieb jedoch der Lohnanstieg deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurück, mit der Folge, dass die Lohnstückkosten sanken. In der Rezession 2009 zog der Einbruch der Produktion einen kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten nach sich, weil die Unternehmen sich mit der Beschäftigung nicht anpassten, sondern diese z.B. durch intensive Nutzung der Kurzarbeit stabilisierten.

Schaubild 8
Effektivlohn und Lohnstückkosten[1]
1992 bis 2013; Veränderungen gegen dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – [1]Auf Monatsbasis.

Dies wurde zwar im Aufschwung des Jahres 2010 zum Teil korrigiert. In jüngster Zeit steigen jedoch die Lohnstückkosten recht kräftig, auch wegen der beschriebenen Tendenz, Arbeitskräfte zu horten. Ein verstärkter Lohnanstieg könnte in einer solchen Situation zwei Reaktionen auslösen. Die Unternehmen könnten ihr „Hortungsverhalten" überdenken und verstärkt Arbeitskräfte freisetzen. Dann würden die Arbeitsproduktivität sinken und die Lohnstückkosten fallen, dies aber zu Lasten der Beschäftigung. Oder sie bleiben bei ihrer gegenwärtigen Personalpolitik. Dann blieben die Beschäftigungswirkungen – zumindest kurzfristig wohl begrenzt, aber die Unternehmen verlören an Wettbewerbsfähigkeit auf den inländischen und den ausländischen Märkten.

4.3. Das Zusammenwirken unternehmerischer Anpassungsreaktionen: Eine Modellsimulation

Wie die verschiedenen geschilderten Reaktionen von Unternehmen auf einen erhöhten Lohnanstieg, der nicht durch eine entsprechende Verbesserung der Produktivität fundiert ist, zusammenwirken, soll hier mit Hilfe einer Modellsimulation geklärt werden. Diese wurde mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt. Dabei

handelt es sich um ein ökonometrisches Strukturmodell, das Entstehung, Verteilung und Verwendung des Einkommens in Deutschland detailliert im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachzeichnet.

Es ist ein Modell der keynesianisch-neoklassischen Synthese. Kurzfristig getrieben wird seine Dynamik über Multiplikator- und Akzeleratorprozesse auf der Nachfrageseite. Ungleichgewichte werden jedoch durch Preisanpassungen abgebaut, die sich im Grunde aus dem Phillips-Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation ergeben. Diese Reaktionen auf der Angebotsseite setzen bei für Deutschland empirisch ermittelten Reaktionskoeffizienten schon relativ rasch ein.[9]

In dem Modell werden die Tariflöhne endogen in einer Gleichung bestimmt, in der die Inflation und die Produktivitätsentwicklung die wichtigsten Einflussfaktoren sind. In der hier vorgestellten Simulation wurde das sich aus dieser Gleichung ergebende Tariflohnniveau in einem einmaligen Schock um 5% erhöht. Da die so erhöhten Lohnkosten sich in einer höheren Inflation niederschlagen, und diese wiederum eine Bestimmungsgröße der Tariflöhne ist, setzt dieser Anfangsimpuls eine Lohndynamik in Gang, in deren Folge die Löhne auf Dauer um mehr als 5% über dem Niveau liegen, das sich ohne den Lohnschock ergeben hätte. Allerdings setzt sich diese Dynamik nicht unbegrenzt fort, da eine steigende Arbeitslosigkeit den Lohnanstieg dämpft. Darüber hinaus wird in dem Modell auch die Lohndrift modelliert. Der Effektivlohn steigt im ersten Jahr nur um 3,9% (Tabelle 1). Die Lohndrift ist also negativ.

Die Tabelle verdeutlicht die weiteren Reaktionen, die in dem Modell aufgrund dieses Lohnschocks ablaufen. Im ersten Jahr erhöhen sich trotz der negativen Lohndrift die Arbeitnehmerentgelte kräftig gegenüber der Basislösung des Modells, nämlich um etwas mehr als 50 Mrd. €. Dieser Effekt bleibt in den Folgejahren in etwa konstant, da Zweitrundeneffekten bei den Löhnen einem Rückgang der Beschäftigung gegenübersteht. Nach Abzug von Sozialabgaben und Steuern bleibt ein Anstieg der Nettolöhne um rund 20 Mrd. €.

Zugleich sinken allerdings die Übrigen Primäreinkommen – also die Summe aus Betriebsüberschuss, Selbständigen- und Gewinneinkommen – da nicht alle Unternehmen die höheren Löhne überwälzen können. Hingegen steigen die monetären Sozialleistungen, zum Teil weil die Arbeitslosigkeit steigt, insbesondere aber, weil viele Sozialleistungen an die Löhne gekoppelt sind. Die verfügbaren Einkommen sind so im ersten Jahr um 15,7 Mrd. € höher als in der Basislösung des Modells und

[9] *Stützzeitraum des Modells sind die Jahre 1993 bis 2014; geschätzt werden die Modellgleichungen in Fehlerkorrekturform. Die hier verwendete Version des Modells basiert noch auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach ESVG 1995.*

im dritten Jahr um 31 Mrd. €. Da aber zugleich das Preisniveau steigt, geht die Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zurück. Nach drei Jahren ist der Preisindex des Privaten Verbrauchs um 1,5 Indexpunkte höher als in der Basislösung des Modells.

Tabelle 1
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer dauerhaften Erhöhung des Tariflohnniveaus um 5%
Simulation mit dem RWI-Konjunkturmodell, Abweichung von der Basislösung

	2014	2015	2016
Entstehung			
Erwerbstätige (in 1000)	-58,6	-168,8	-211,9
Arbeitslose (in 1000)	26,1	94,2	123,0
Stundenproduktivität (Veränd. gegen Vj.)	0,8	-0,1	0,0
Verwendung, in Mrd. €, Konstante Preise des Referenzjahr 2005			
Private Konsumausgaben	10,0	6,8	6,4
Anlageinvestitionen	1,1	-0,6	-2,0
Exporte	-0,6	-2,9	-4,6
Importe	5,3	2,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt	6,1	2,1	0,4
Preise; Indexpunkte, 2005 = 100			
Privater Verbrauch	0,2	0,9	1,5
Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,8	2,2
Lohnstückkosten	3,6	3,9	4,0
Verteilung, in Mrd. €, in jeweiligen Preisen			
Arbeitnehmerentgelt	51,7	52,4	53,3
Übrige Primäreinkommen/Entnahmen	-8,5	-10,9	-8,2
Nettolöhne und-gehälter	21,6	21,0	21,0
Monetäre Sozialleistungen	2,6	14,8	21,9
Verfügbares Einkommen	15,7	23,0	32,4
Effektivlohn (Bruttolohn je Arbeitnehmer); Veränderung gegenüber dem Vorjahr	3,9	0,3	0,1

Eigene Berechnungen.

Deutlich wird dies, wenn man auf die reale Verwendung schaut. Die realen privaten Konsumausgaben (Preisbasis 2005) sind zwar im ersten Jahr um 10 Mrd. € höher als in der Basislösung, aber bereits im zweiten Jahr sind es nur noch knapp 7 Mrd. € und im dritten nur noch 6 Mrd. €. Bei Anlageinvestitionen überwiegt im

Modell im ersten Jahr noch ein Akzeleratoreffekt, sie steigen aufgrund der erhöhten Nachfrage etwas. Ab dem zweiten Jahr sinken sie jedoch.

Da die erhöhte Nachfrage zu einem nicht unerheblichen Teil aus Importen befriedigt wird, die Exporte durch den höheren Preisanstieg im Inland und die dadurch sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit aber gedämpft werden, verschlechtert sich der Außenbeitrag. Das reale BIP ist anfänglich 6 Mrd. € höher als in der Basislösung. Nach drei Jahren liegt die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder dort, wo sie auch ohne die Anhebung der Tariflöhne gelegen hätte.

Der Arbeitsmarkt reagiert auf den Lohnkostenanstieg mit Verzögerung. Im ersten Jahr gehen rund 50 000 Arbeitsplätze verloren. Unternehmen fangen den Lohnanstieg zum Teil durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf, die im ersten Jahr um 0,8% steigt. In der Folgezeit vergrößert sich der Verlust an Arbeitsplätzen, da nun die Nachfrage nach Investitions- und Exportgütern abnimmt und zugleich die Importkonkurrenz wächst. Im dritten Jahr sind gut 200 000 Personen weniger beschäftigt als dies in der Basislösung der Fall gewesen wäre. Davon geht nur gut die Hälfte in die registrierte Arbeitslosigkeit, der Rest wandert in die Stille Reserve. So gelingt es zwar, den Anstieg der Lohnstückkosten zu begrenzen, dies aber zu Lasten der Beschäftigung.

Zusammenfassend zeigt diese Simulation, dass die Wirkungen eines forcierten Lohnanstiegs auf die Nachfrage wie auf die Preise begrenzt wären. Das reale BIP würde sich nach drei Jahren kaum noch von dem unterscheiden, das ohne den Lohnschock erwirtschaftet worden wäre. Der Effekt auf die Konsumnachfrage würde länger nachwirken, ist aber nicht allzu groß. Der Effekt auf die Importe wäre anfangs ebenfalls nicht sehr groß, und er wäre hauptsächlich nicht sehr langlebig, was verdeutlicht, dass die Vorteile, die andere europäische Länder aus einem beschleunigten Lohnanstieg in Deutschland ziehen könnten, nur sehr begrenzt wäre.

Naturgemäß hängen Simulationsergebnisse sowohl von dem verwendeten Modell als auch von der Art des Schocks ab. In jüngster Zeit wurden auch einige Simulationen von Lohnschocks mit dem *National Institute Global Econometric Model* (NIGEM), das als Mehrländermodell in stärkerem Maße internationale Rückwirkungen berücksichtigt.[10] Verglichen mit diesen Rechnungen sind im RWI-Konjunkturmodell die Reaktionen bei BIP und Beschäftigung geradezu glimpflich. Eine Simulation des Bundesministerium des Finanzen mit diesem Modell, in der das deutsche Lohn-

[10] *In das RWI-Konjunkturmodell gehen nur direkte Wirkungen über den Außenhandel ein. In NIGEM werden auch indirekte Wirkungen berücksichtigt, die dann entstehen, wenn eine Lohnsteigerung in Deutschland die Produktion im Ausland beeinflusst und sich aus diesem Grund die deutschen Exporte ändern.*

niveau in fünf aufeinander folgenden Jahren um jeweils 1% erhöht wurde, ergibt sich ein nach fünf Jahren um 0,9% gegenüber der Basislösung geringeres BIP (BMF 2013). Rechnungen des Sachverständigenrats mit dem gleichen Modell ergeben, dass bereits eine permanente Erhöhung des Lohnniveaus um 1% die Beschäftigung um bis zu 237 000 Personen zurückgehen lässt (SVR 2010, TZ 207).

5. Auswirkungen auf den Euro-Raum

Der Einfluss einer expansiven Lohnpolitik in Deutschland auf die deutschen Einkommen und damit auch auf die Importe Deutschland ist also allenfalls begrenzt. Damit gingen von einer solchen Politik auch nur kurzfristige und dann nur geringe Impulse auf die europäischen Nachbarländer aus. Dass dies so ist, liegt auch daran, dass sich durch den Lohnanstieg die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu Ungunsten besonders importintensiver Gütergruppen verschieben würde.

Am ehesten begünstigt eine expansive Lohnpolitik nach den Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell die privaten Konsumausgaben. Deren Importgehalt beträgt allerdings direkt nur rund 10% (Döhrn 2013). Schließt man indirekte Importe über die Vorleistungsverflechtung der Produzenten ein, erhöht er sich zwar auf etwa 20% (Tabelle 2). Ungleich größer ist allerdings der Importanteil bei den Ausrüstungsinvestitionen (direkt rund 30%, direkt und indirekt 45-50%) und bei den Exporten (direkt 15 bis 20%, direkt und indirekt gut 40%), die beide unter der Lohnsteigerung leiden.

Tabelle 2
Importanteile der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts
2007 bis 2009, in % der letzten Verwendung

	2007	2008	2009
		direkte Importe	
Private Konsumnachfrage	9,5	10,8	9,7
Staatskonsum	1,6	3,1	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	30,9	37,3	30,2
Bauinvestitionen	2,0	2,8	2,8
Exporte	15,8	16,6	19,2
		direkte und indirekte Importe	
Private Konsumnachfrage	20,2	21,0	19,4
Staatskonsum	8,7	9,1	8,1
Ausrüstungsinvestitionen	46,8	51,5	44,6
Bauinvestitionen	15,5	15,5	14,8
Exporte	42,2	41,3	41,2

Eigene Berechnungen nach Angaben der Input-Output-Rechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Dabei zeichnet das RWI-Konjunkturmodell – wie erwähnt – noch ein recht günstiges Bild der Übertragungseffekte auf andere Länder. In der bereits angesprochenen NIGEM-Simulation des Sachverständigenrates verbessert sich sogar der deutsche Leistungsbilanzsaldo, weshalb die europäischen Krisenländer eine – wenn auch kleine – Verschlechterung ihrer Leistungsbilanzen hinnehmen müssten.

Daneben gibt es womöglich einen weiteren Effekt, der die Wirkungen auf das Ausland reduziert. Bisher wurde nämlich unterstellt, dass das Ausland, speziell die Partnerländer im Euro-Raum nicht auf die geänderten Löhne in Deutschland reagieren. Anders sähen die Wirkungen aus, wenn die Lohnabschlüsse im Ausland sich an denen in Deutschland orientierten und auch dort die Löhne kräftiger stiegen. Dann würde sich auf der einen Seite die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weniger stark verschlechtern, und der Export würde damit weniger belastet.

Auf der anderen Seite würde auch im Ausland die Inflation stärker anziehen, sich damit auch die deutschen Importe verteuern, was letztlich den Preisauftrieb in Deutschland verstärkt. Von der Lohnerhöhung bliebe also real weniger übrig. In einem solchen Szenario würden allerdings auch jene Länder des Euro-Raums, die in der Vergangenheit an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren hatten, diese auch langsamer zurückgewinnen. Nebeneffekt wäre zwar eine höhere Inflation im Euro-Raum, aber erreicht auf einem anderen Weg, wie ihn sich die EZB wohl vorstellt. Nicht eine steigende Nachfrage und Kapazitätsauslastung würden die Preise treiben, sondern ein erhöhter Kostendruck, einhergehend mit einer verschlechterten Beschäftigungssituation und einer abnehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines zentralen Landes der Währungsunion, nämlich Deutschlands.

6. Fazit

Die vorstehende Analyse zeigt, dass die Gefahr einer Deflation im Euro-Raum gering und die Diskussion um deflationäre Gefahren überzogen sind. Denn wenn die europäischen Krisenländer auf die Beine kommen, wird auch das Preisniveau aller Voraussicht nach wieder in gesundem Ausmaß steigen. Dafür sind aber Reformen wichtig, die das Wachstum steigern, nicht Nachfragestimuli. Für diese Strukturreformen braucht es hinreichend Druck.

Um die Rolle Deutschlands dabei zu diskutieren, ist es wichtig zu verstehen, weshalb Deutschland die Folgen der Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden hat. Dazu gehören

- die Tarifautonomie und die Dezentralität der Lohnfindung,

- die früheren Arbeitsmarktreformen und die Einführung eines Niedriglohnsektors, und
- eine Wirtschaftsstruktur, in der der Industriesektor nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. Er war zwar während der Finanzkrise besonders stark, aber auch nur kurzfristig von dem Einbruch des Welthandels betroffen.

Manche Dinge, für die Deutschland in den Jahren vor der Finanzkrise auf internationaler Ebene kritisiert worden war, etwa die vergleichsweise restriktive Handhabung von Hypotheken und das auf drei Säulen basierende Bankensystem, erwiesen sich während der Finanzkrise als Glücksfall.

Was die Lohnentwicklung angeht, muss man Instrumente und Ziele auseinanderhalten. Eine produktivitätsorientierte Entlohnung sagt etwas darüber aus, welche Lohnsteigerung mit Beschäftigungsstabilität kompatibel ist. Sie gibt aber keine Hinweise darauf, wie man das Instrument Lohnsteigerung politisch einsetzen sollte. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Deutschland den Pfad der Lohnmoderation ohnehin verlassen hat, aufbauend auf einer robusten Beschäftigung und einem aus demografischen Gründen in absehbarer Zeit sinkenden Arbeitsangebot. Eine Stimulierung der Binnennachfrage braucht es in Deutschland nicht, schon gar nicht durch künstliche Lohnsteigerungen.

Aufbauend auf einer Diskussion der Bestimmung von Tarif- und Effektivlöhnen sowie Preisen zeigt die vorliegende Studie, dass eine isolierte Anhebung des Lohnniveaus, die über das Produktivitätswachstum hinausgeht, im günstigsten Fall geringe Wirkungen auf die Nachfrage und damit auf die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in Deutschland hat. Unternehmen werden nämlich auf mehreren Ebenen auf höhere Lohnsteigerungen reagieren. Zunächst können sie die Löhne im Rahmen der tarifvertraglichen Möglichkeiten auf betrieblicher Ebene anpassen, so dass die Lohndrift negativ wird und der Tariflohnanstieg nur teilweise auf die Einkommen durchschlägt. Wahrscheinlich sind als zweite Anpassungsreaktion Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität, die sich in einem Beschäftigungsabbau niederschlagen. Dieser reduziert die Einkommenswirkungen weiter, wenn er sie nicht ins Negative umkehrt.

Unter diesen Rahmenbedingungen würden auch die Länder des Euro-Raums kaum von einer expansiven Lohnpolitik in Deutschland profitieren, weil deren Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland eine abnehmende Importnachfrage hierzulande gegenüberstände. Aber selbst unter der Konstellation, dass eine expansive Lohnpolitik keine negativen Beschäftigungswirkungen hätte, wären die Übertragungseffekte gering. Es würde in Deutschland nämlich die Nachfragekomponente mit dem geringsten Importanteil gestärkt.

Literaturverzeichnis

Ahearne, A. et al. (2002), Preventing Deflation: Lessons from Japan's Experience in the 1990s. International Finance Discussion Paper 727. Board of Governors of the Federal Reserve System.

Biddle, J.E. (2014), The Cyclical Behavior of Labor Productivity and the Emergence of the Labour Hoarding Concept. *Journal of Economic Perspectives* 28 (2): 197-212.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2013), Lohnpolitik – geeignet zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euro-Raum? Monatsbericht Dezember 2012.

Detmer, M. und C, Reiermann (2014), Ende der Bescheidenheit. Der Spiegel Heft 30 vom 21.7.2014: 58-60.

Deutsche Bundesbank (2000), Bestimmungsgründe und gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Produzenten- und Konsumentenlohn, in: Deutsche Bundesbank Monatsbericht 52 (7): 15-28.

Döhrn. R. (2013), Export ohne Sühne? Außenhandelsüberschüsse in der Eurozone. RWI Position 55. Essen, RWI.

Döhrn, R., U. Heilemann und G. Schäfer (1999), Dänemark – Ein Beschäftigungswunder. Wirtschaftswissenschaftliches Studium 28: 456-461-

Eggertsson, G. B. (2003), How to Fight Deflation in a Liquidity Trap: Committing to Being Irresponsible. IMF Working Paper No. 03/64

Heilemann, U. und J. Ulrich (2007), Good bye, Professor Phillips? Zum Wandel der Tariflohndeterminanten in der Bundesrepublik 1952-2004. Diskussionsbeiträge Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Universität Leipzig 64. Leipzig.

Klitgaard, T. and R. Peck (2014), High Unemployment and Disinflation in the Euro Area Periphery Countries. Liberty Street Economics. http://libertystreeteconomics.newyorkfed.org. Download am 2. September 2014.

Kromphardt, J. (2003), Lohnpolitik bei möglicher Deflation. *Wirtschaftsdienst* 83 (8): 501-508.

o.V. (2014a), Auch EZB für höhere Löhne. http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-loehne-in-deutschland-100.html. Download am 3.9.2014.

o.V. (2014b), Deutschland verliert Schwung. Lagarde propagiert höhere Löhne. Neue Zürcher Zeitung vom 25.8.2014.

Plickert, P. (2014), Wir mischen uns nicht in Tarifverhandlungen ein. Interview mit Dr. Jens Weidmann. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juli 2014.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2008), Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken. Jahresgutachten 2008/09. Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2010), Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/11. Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14. Wiesbaden.

Schmidt, T. et al. (2014), Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Moderate Expansion der Weltwirtschaft. *RWI-Konjunkturbericht* 65 (3): 5-38.